

KONTROLLBLATT

Kandidatennummer: D-25-000-0

Fach: AHV

Critical Incidents, «Recht und Organisation»

Prüfungsteil 1.1: Allgemeiner Teil

Kandidatennummer

D-25-000-0

Zweig

AHV

Allgemeiner Teil

«Recht und Organisation»

Critical Incident 1: Verfahren

Critical Incident 2: Verfassungsrecht

Prüfungsdauer

30 Minuten

Anzahl Seiten der Prüfung

7 Seiten

Beilage(n)

Keine

Maximale Punkte

30

Erzielte Punkte

Lösungsvorschlag

Die Experten/innen**Datum****Unterschriften**

Experte/in 1

Expert/in 2

Prüfungsteil 1.1: Allgemeiner Teil

Kandidatennummer

D-25-000-0

Critical Incident 1: Verfahren (20 Punkte)

Erzielte Punkte

Ausgangssituation

Sie arbeiten für eine Beratungsstelle im Sozialversicherungsrecht, welche Menschen unterstützt, die auf Hilfe in Sozialversicherungsbelange angewiesen sind. Am 31. Januar 2025 kommt Alexej Gukov (geboren am 12. Juli 1963) zu Ihnen ins Beratungsgespräch. Er teilt Ihnen mit, dass er seine Mietwohnung nicht mehr bezahlen konnte und der Mietvertrag per Ende April 2025 gekündigt worden sei. Alexej ist arbeitslos und hinterlässt bei Ihnen einen verwirrten Eindruck. Im Gespräch erwähnt er beiläufig einen Unfall, wobei für Sie aus dem Gespräch nicht klar ist, ob es sich tatsächlich um ein Unfallereignis handelte, da Alexej Ihnen seine gesamte Lebensgeschichte immer wieder von Neuem wiederholt. Im Gespräch sagt er Ihnen auch, dass er ab dem 5. Januar 2025 in stationärer Therapie in einer Psychiatrie verbracht habe und heute entlassen worden sei. Bereits vor dem Eintritt in die Psychiatrie sei es ihm gesundheitlich sehr schlecht gegangen. Sie lassen sich in der Folge bevollmächtigen und holen zunächst die IV-Akten ein. In den IV-Akten finden Sie tatsächlich eine Referenznummer der Suva, worauf Sie am 14. Februar 2025 die Akten der Suva verlangen. Sie erhalten die Akten der Suva am 17. Februar 2025. Sie finden in den Akten der Suva eine Unfallmeldung vom 13. Juni 2022, diverse medizinische Berichte, eine am 3. Januar 2025 zugestellte Verfügung (adressiert an Alexej Gukov) und eine Vollmacht der Rechtsvertreterin vom 14. Juni 2022. Eine Einsprache finden Sie nicht in den Akten. Sie stellen fest, dass die Einsprachefrist abgelaufen ist. Gleichentags ruft Alexej Gukov Sie an und teilt Ihnen wütend mit, die Suva habe ihn informiert, dass die Einsprachefrist abgelaufen sei. Im Wutausbruch teilt er Ihnen noch mit, dass er demnächst eine Schadenersatzforderung aufgrund der verpassten Frist einreichen werde.

Beurteilung

Ihre Leistung wird nach folgender Leitfrage bewertet:

- Schildert der/die Kandidat/in ein plausibles und rechtlich korrektes Vorgehen in der beschriebenen Situation?

Zeitrahmen

Ca. 20 Minuten

Prüfungsteil 1.1: Allgemeiner Teil

Kandidatennummer

D-25-000-0

Critical Incident 1: Verfahren (Fortsetzung)

Teilaufgabe 1

Wie beurteilen Sie die Chancen einer Einsprache am 17. Februar 2025 hinsichtlich der Einsprachefrist?
Was klären Sie ab? Begründen Sie Ihre Antwort

Lösungsvorschlag

Massnahmen/Schritte	Begründung
<i>Die Chancen einer Einsprache in Bezug auf die Fristen sind als intakt zu bezeichnen.</i>	
<i>Überprüfung, ob eine Wiederherstellung der Frist möglich ist. Alexej verbrachte den gesamten Januar in stationärer Behandlung in einer Psychiatrie. Die Verhinderung ist unverschuldet. Das (unverschuldete) Verpassen der Frist ist zu belegen, daher sind medizinische Berichte zum Gesundheitszustand im Januar 2025 einzuholen.</i>	<i>Wiederherstellung der Frist (Art. 41 ATSG)</i>
<i>Die Verfügung wurde von der Suva nicht an die Vertretung zugestellt. Die Vollmacht wurde nicht zurückgezogen. Die Frist begann nicht zu laufen. Kontaktaufnahme mit Rechtsvertreterin ist angezeigt, da Doppelvertretung nicht sinnvoll ist.</i>	<i>Mitteilung an Vertretung (Art. 37 Abs. 3 ATSG)</i>

Prüfungsteil 1.1: Allgemeiner Teil

Kandidatennummer

D-25-000-0

Critical Incident 1: Verfahren (Fortsetzung)

Teilaufgabe 2

Am 20. Februar 2025 erhalten Sie einen IV-Vorbescheid für Herrn Gukov von der IV-Stelle Zürich. In der Eile adressieren Sie den Einwand am letzten Tag der Frist aber mit den Adressangaben der IV-Stelle Schaffhausen. Müssen Sie den Einwand nochmals an die IV-Stelle Zürich einreichen? Was gilt bezüglich der Frist? Begründen Sie Ihre Antwort.

Lösungsvorschlag

<i>Massnahmen/Schritte</i>	<i>Begründung</i>
<i>Nein, keine zusätzliche Zustellung an IV-Stelle Zürich nötig. Frist ist gewahrt.</i>	<i>Weiterleitungspflicht gemäss Art. 30 ATSG Fristwahrung Art. 39 Abs. 2 ATSG.</i>

Teilaufgabe 3

Muss die Invaliden- oder Unfallversicherung Herrn Gukov darauf hinweisen, dass er bei einer Teilarbeitsfähigkeit Arbeitslosenversicherungstaggelder beziehen kann? Begründen Sie Ihre Antwort.

Lösungsvorschlag

<i>Massnahmen/Schritte</i>	<i>Begründung</i>
<i>Nein</i>	<i>Nicht im Rahmen ihres Zuständigkeitsbereichs (Art. 27 Abs. 1 ATSG)</i>

Prüfungsteil 1.1: Allgemeiner Teil

Kandidatennummer

D-25-000-0

Critical Incident 2: Verfassungsrecht (10 Punkte)

Erzielte Punkte

Ausgangssituation

Am 3. März 2024 haben die Stimmberechtigten über die Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)» abgestimmt. Die Initiative wurde angenommen. Die neuen Bestimmungen lauten:

Art. 197 Ziff. 12

12. Übergangsbestimmung zu Art. 112 (Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung)

1 Bezügerinnen und Bezüger einer Altersrente haben Anspruch auf einen jährlichen Zuschlag in der Höhe eines Zwölftels ihrer jährlichen Rente.

2 Der Anspruch auf den jährlichen Zuschlag entsteht spätestens mit Beginn des zweiten Kalenderjahres, das der Annahme dieser Bestimmung durch Volk und Stände folgt.

3 Das Gesetz stellt sicher, dass der jährliche Zuschlag weder zu einer Reduktion der Ergänzungsleistungen noch zum Verlust des Anspruchs auf diese Leistungen führt.

Sie beziehen eine IV-Rente und bemängeln als Stimmbürgerin bzw. Stimmbürger die Ungleichbehandlung der Rentnerinnen und Rentner der 1. Säule: Anspruch auf eine 13. Rente sollen Ihrer Meinung nach auch Bezügerinnen und Bezüger einer IV-Rente und einer Hinterlassenenrente haben. Sie wollen mit einer Volksinitiative diese Ungerechtigkeit aus der Welt schaffen.

Beurteilung

Ihre Leistung wird nach folgender Leitfrage beurteilt:

- Schildert der/die Kandidat/in ein rechtlich und systematisch korrektes Vorgehen in der beschriebenen Situation?
- Beschreiben Sie die politischen und rechtlichen Möglichkeiten und Vorgehensschritte. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein?

Zeitraumen

Ca. 10 Minuten

Prüfungsteil 1.1: Allgemeiner Teil

Kandidatennummer

D-25-000-0

Critical Incident 2: Verfassungsrecht (Fortsetzung)

Teilaufgabe 1

Sie haben zusammen mit ihren Mitstreitern im Komitee die Initiative «13. Rente für alle: Gleichbehandlung in der 1. Säule» erfolgreich gestartet. Die Sammelfrist von 18 Monaten geht langsam dem Ende zu. Im Schlusspurt treffen täglich noch Unterschriftsbogen aus der ganzen Schweiz ein, sie haben nach wie vor Hoffnung, dass die nötigen 100'000 gültigen Unterschriften rechtzeitig zustande kommen. Was gilt es hier bezüglich Fristen und Unterschriftenzahl im allerletzten Sammelstadium unbedingt zu beachten? Begründen Sie Ihre Antwort.

Lösungsvorschlag

Massnahme	Begründung
Sofortige Beglaubigung bei den zuständigen Gemeinden verlangen!	Die Initiative muss innert 18 Monaten mit mindestens 100'000 <u>beglaubigten</u> Unterschriften eingereicht werden. Die Beglaubigung durch die Gemeinden muss somit vor der Einreichung der Unterschriften erfolgt sein.

Prüfungsteil 1.1: Allgemeiner Teil

Kandidatennummer

D-25-000-0

Critical Incident 2: Verfassungsrecht (Fortsetzung)

Teilaufgabe 2

Die nötige Zahl der Unterschriften ist nicht zusammengekommen, die Initiative ist somit nicht zustande gekommen. Die 13. AHV-Altersrente wird anfangs Dezember 2026 erstmals ausgerichtet. Sie halten an Ihrer Forderung nach einer einheitlichen Regelung für eine 13. Rente in der 1. Säule fest. Welche rechtlichen Möglichkeiten stehen Ihnen jetzt noch offen? Beschreiben Sie Ihren nächsten Schritt konkret. Begründen Sie Ihre Antwort.

Lösungsvorschlag

Massnahme	Begründung
<i>Ich beantrage bei der IV-Stelle, welche mir die IV-Rente ausgerichtet, die Auszahlung einer 13. IV-Rente ab 2026.</i>	<i>Ich mache eine 13. IV-Rente geltend, um einen negativen Entscheid des Versicherungsträgers zu provozieren, damit ich mein Anliegen gerichtlich überprüfen lassen kann.</i>

Teilaufgabe 3

Sie haben bei allen schweizerischen Gerichten Ihren Streit jeweils mit dem Hinweis auf eine fehlende Rechtsgrundlage verloren. Wo könnten Sie den negativen Entscheid der Schweiz überprüfen lassen? Auf welche Rechtsquelle würden Sie sich dabei berufen? Wie könnten Sie argumentieren? Wie sehen Sie die Erfolgschancen? Begründen Sie Ihre Antwort.

Lösungsvorschlag

Massnahme	Begründung
<i>Beschwerde bei EGMR Strassburg, Verletzung des Rechtsgleichheitsgebots, EMRK. Erfolgsaussicht: Eher schlechte Erfolgsaussichten.</i>	<i>Schlechte Erfolgsaussichten, geht es doch nicht um eine geschlechterspezifische Ungleichbehandlung (Verletzung von Art. 14 EMRK).</i>